

Stand: 09.04.2026 15:23:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5023

"Nach der Münchner Sicherheitskonferenz: Lehren für Deutschland und Europa ziehen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5023 vom 19.02.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5069 vom 19.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Börtl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz: Lehren für Deutschland und Europa ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Rede des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2024 sowie die bilateralen Gespräche zur Zukunft der Ukraine zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation ohne europäische Beteiligung eine Zäsur im transatlantischen Verhältnis darstellen. Auch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen verändern sich zunehmend. Protektionistische Maßnahmen, insbesondere die Einführung neuer bzw. die Erhöhung bestehender Zölle rücken noch stärker in den Fokus.

Der Landtag betont die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft und Freundschaft sowohl für die Vereinigten Staaten von Amerika, als auch für Europa. Mit Blick auf die geopolitischen Veränderungen und Herausforderungen ist ein Zusammenstehen und ein Verteidigen der gemeinsamen westlichen, christlich-jüdisch geprägten Werte wichtig.

Der Landtag spricht sich dafür aus, die Pflege der auf vielen Ebenen bestehenden Partnerschaften zwischen Europa, Deutschland und auch Bayern mit den Vereinigten Staaten weiter zu stärken. Der Freistaat wird seine Partnerschaft beispielsweise mit der Partnerregion Georgia weiter vertiefen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf Augenhöhe mehr eigene europäische Stärke erfordern. Das gilt etwa für die eigene Verteidigungsfähigkeit, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die vermeintliche moralische Überlegenheit allein wird nicht ausreichen. Nur wer seine Interessen klar definiert, formuliert und mit eigener Stärke unterlegen kann, wird auf Augenhöhe und mit Respekt als Partner wahrgenommen.

Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzutreten, dass

- eine neue Bundesregierung ihre außen-, sicherheits- und europapolitische Positionierung und ihr Handeln klar an deutschen und europäischen Interessen ausrichtet. Dazu kann und muss eine deutsche Bundesregierung alle Instrumente nutzen, von der Rüstungs- bis hin zur Entwicklungspolitik.
- eine neue Bundesregierung der Führungsrolle gerecht wird, die die europäischen Partner, aber auch die Vereinigten Staaten von Amerika von Deutschland erwarten. Dabei geht es nicht um die rücksichtslose Durchsetzung eigener Interessen, sondern um die Gestaltung eines starken Europas, dessen Stimme in der Welt Gewicht hat und dessen Markt attraktiv ist. Es geht auch darum, dass Europa geeint und gemeinsam für die gemeinsame Werte wie Freiheit, Grundrechte und Demokratie eintritt – gerade auch, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht: Insbesondere die Gespräche zu einem möglichen Waffenstillstand und eine Beendigung des russischen Angriffskriegs dürfen nicht ohne Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine und der EU stattfinden.
- auf europäischer und Bundesebene von einer neuen Bundesregierung hohe Priorität darauf gelegt wird, dass Deutschland und Europa wehrhaft und verteidigungsbereit werden. Dabei geht es um eine dauerhafte und finanziell tragfähige Strategie für die Bundeswehr, um einen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr, um die Wehrpflicht, aber auch um die Bündel der Kräfte in Europa bei den Themen Entwicklung von Fähigkeiten und Beschaffung.
- auf europäischer und Bundesebene auch eine Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik kommt – mit mehr Wettbewerbsfähigkeit statt Bürokratie, mit attraktiven Standortbedingungen statt Verboten, mit Entlastung und Freiheit statt Planwirtschaft. Das bedeutet auch, dass bereits in Kraft befindliche und schon laufende Projekte auf den Prüfstand gestellt werden müssen.
- eine neue Bundesregierung gegenüber anderen Staaten, auch Partnern, deutlich macht, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht akzeptiert werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/5023

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz: Lehren für Deutschland und Europa ziehen!

Der Landtag stellt fest, dass die Rede des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2024 sowie die bilateralen Gespräche zur Zukunft der Ukraine zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation ohne europäische Beteiligung eine Zäsur im transatlantischen Verhältnis darstellen. Auch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen verändern sich zunehmend. Protektionistische Maßnahmen, insbesondere die Einführung neuer bzw. die Erhöhung bestehender Zölle rücken noch stärker in den Fokus.

Der Landtag betont die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft und Freundschaft sowohl für die Vereinigten Staaten von Amerika, als auch für Europa. Mit Blick auf die geopolitischen Veränderungen und Herausforderungen ist ein Zusammenstehen und ein Verteidigen der gemeinsamen westlichen, christlich-jüdisch geprägten Werte wichtig.

Der Landtag spricht sich dafür aus, die Pflege der auf vielen Ebenen bestehenden Partnerschaften zwischen Europa, Deutschland und auch Bayern mit den Vereinigten Staaten weiter zu stärken. Der Freistaat wird seine Partnerschaft beispielsweise mit der Partnerregion Georgia weiter vertiefen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf Augenhöhe mehr eigene europäische Stärke erfordern. Das gilt etwa für die eigene Verteidigungsfähigkeit, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die vermeintliche moralische Überlegenheit allein wird nicht ausreichen. Nur wer seine Interessen klar definiert, formuliert und mit eigener Stärke unterlegen kann, wird auf Augenhöhe und mit Respekt als Partner wahrgenommen.

Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzutreten, dass

- eine neue Bundesregierung ihre außen-, sicherheits- und europapolitische Positionierung und ihr Handeln klar an deutschen und europäischen Interessen ausrichtet. Dazu kann und muss eine deutsche Bundesregierung alle Instrumente nutzen, von der Rüstungs- bis hin zur Entwicklungspolitik.
- eine neue Bundesregierung der Führungsrolle gerecht wird, die die europäischen Partner, aber auch die Vereinigten Staaten von Amerika von Deutschland erwarten. Dabei geht es nicht um die rücksichtslose Durchsetzung eigener Interessen, sondern um die Gestaltung eines starken Europas, dessen Stimme in der Welt Gewicht hat und dessen Markt attraktiv ist. Es geht auch darum, dass Europa geeint und gemeinsam für die gemeinsamen Werte wie Freiheit, Grundrechte und Demokratie eintritt – gerade auch, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht: Insbesondere die Gespräche zu einem möglichen Waffenstillstand und eine Beendigung des russischen Angriffskriegs dürfen nicht ohne Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine und der EU stattfinden.
- auf europäischer und Bundesebene von einer neuen Bundesregierung hohe Priorität darauf gelegt wird, dass Deutschland und Europa wehrhaft und verteidigungsbereit werden. Dabei geht es um eine dauerhafte und finanziell tragfähige Strategie für die Bundeswehr, um einen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr, um die Wehrpflicht, aber auch um die Bündel der Kräfte in Europa bei den Themen Entwicklung von Fähigkeiten und Beschaffung.
- auf europäischer und Bundesebene auch eine Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik kommt – mit mehr Wettbewerbsfähigkeit statt Bürokratie, mit attraktiven Standortbedingungen statt Verboten, mit Entlastung und Freiheit statt Planwirtschaft. Das bedeutet auch, dass bereits in Kraft befindliche und schon laufende Projekte auf den Prüfstand gestellt werden müssen.
- eine neue Bundesregierung gegenüber anderen Staaten, auch Partnern, deutlich macht, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht akzeptiert werden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Katharina Schulze

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Kaufmann

Abg. Martin Böhm

Abg. Ulrike Müller

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für ein starkes, geeintes und demokratisches Europa (Drs. 19/5000)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Trumps zweite Amtszeit: 10-Punkte-Strategie für Europa (Drs. 19/5022)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz: Lehren für Deutschland und Europa ziehen! (Drs. 19/5023)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Katharina Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 39 Jahren hatte ich unglaubliches Glück. Ich bin nämlich in Deutschland geboren, in Europa, und ich habe selbst miterlebt, wie wir in Europa enger zusammengewachsen sind. Ich hatte die erste Euromünze in meiner Hand, nahm an einem Schüleraustausch mit Großbritannien teil, fuhr das erste Mal mit Freundinnen ohne Grenzkontrollen nach Italien und durfte bisher 39 Jahre in Freiheit, Frieden und Sicherheit leben. Das ist nicht selbstverständlich, und ich bin dafür sehr, sehr dankbar. Ich bin also eine überzeugte Europäerin, aber nicht nur das: Ich bin auch eine überzeugte Transatlantikerin. Ich bin dankbar für die jahrzehntelange enge Zusammenar-

beit unserer beider Länder. Ich bin dankbar, dass die USA uns zusammen mit den anderen Alliierten von der Nazi-Diktatur befreit haben. Ich bin dankbar, dass sie uns nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Weg zur Demokratie begleitet und geleitet haben, und ja, ich sehe die vielen wirtschaftlichen Verflechtungen, von denen beide Länder profitieren.

Deswegen beobachte ich die momentane Entwicklung schon lange mit Sorge. Kolleginnen und Kollegen, die sicherheitspolitische Lage ist ernst, sehr ernst. Trump holt Russland im Alleingang auf die internationale Bühne zurück, indem er mit Russland Verhandlungen über die Ukraine begonnen hat. Dann gibt es Menschen und Parteien wie zum Beispiel die AfD in unserem Land, die das feiern, aber ich möchte noch einmal daran erinnern: Russland hat die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen. Russland bombardiert Atomkraftwerke, und Russland führt auch hier bei uns einen Desinformationskrieg, um Wahlen zu beeinflussen. Wer Putin also bejubelt, hilft dabei mit, uns zu schwächen, und das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

US-Vizepräsident J.D. Vance hat im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz eine Wende der transatlantischen Beziehungen eingeleitet. Zum ersten Mal stellt sich eine amerikanische Regierung gegen Europa. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber die Schnelligkeit, mit der sich die Trump-Administration von der EU abwendet, mit der sie staatliche Institutionen abwickeln will und mit der sie aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen möchte, die Art und Weise, wie sie Europa bei der Unterstützung der Ukraine buchstäblich im Regen stehen lässt, und die Geschwindigkeit, mit der Tech Bros wie Musk massiven Einfluss gewinnen, finde ich erschreckend. Deswegen kann unsere Antwort, während die einen "America first!" rufen, nur ein lautes und klares "Europe united!" sein.

(Zuruf von der AfD: Germany first!)

Mit "Germany first!" und "Bavaria first!" brauchen wir Trump sicherlich nicht zu kommen. Wir sind nur stark im geopolitischen Wettstreit, wenn wir unsere ganze Kraft als Europäische Union international einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass wir als Europa kraftvoll sind. Europa ist der größte Binnenmarkt der Welt. Bei uns lebt man sicher und frei. Europa steht für universelle Werte. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir diese auch durchsetzen können, steigt natürlich, wenn wir dahinter auch ökonomische, militärische und politische Macht haben. Deswegen müssen wir den Zöllen von Trump faire Handelsabkommen entgegensetzen und weiter an multilateralen Abkommen arbeiten. So fördern wir den Wohlstand und das Wirtschaftswachstum in Europa, bekämpfen den Klimawandel gemeinsam und treten weltweiten globalen Herausforderungen gemeinsam entgegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet natürlich auch, dass wir selbstständiger werden müssen, damit wir nicht erpressbar sind. Wir müssen auch militärisch stärker werden, und wir müssen mehr in unsere Sicherheit investieren, selbstverständlich mit unseren europäischen Partnern, aber auch hier in Deutschland. Wir müssen die Ausgaben für unsere Verteidigung, die Bundeswehr und den Zivilschutz weiter erhöhen. Ich gehe davon aus, es müssen mindestens 3,5 % des BIP sein, wie es Vizekanzler Robert Habeck und viele Fachleute vorgeschlagen haben. Wir müssen dieses Geld für die Sicherheit der Menschen im Land investieren. Ja, ich verstehe alle, die beim Thema Aufrüstung ein Unbehagen verspüren. Es wäre viel besser, wenn wir das alles nicht bräuchten. Gleichzeitig bin ich aber davon überzeugt, dass wir es tun müssen. Die Zeitenwende darf nicht nur so dahingesagt werden, wir müssen sie leben. Diese Zeitenwende bedeutet Veränderung, und zwar bei uns allen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kleine persönliche Anmerkung: In meinen Augen gibt es keine andere Partei, die sich in einem so fundamentalen Standpunkt

ihrer Parteipolitik einem Realitätscheck unterzogen hat, wie die meinige. Ja, die Zeitenwende hat meiner eigenen Partei viel abverlangt, und ich finde es gut, dass wir uns bewegt haben; denn Politik muss auf veränderte Zeiten reagieren. Das tun wir als GRÜNE. Lassen Sie uns diese Schritte also weiter gemeinsam gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können den Frieden in Europa auch nur gemeinsam verteidigen. Im Moment sitzen wir als Europa nicht am gleichen Tisch, wir sitzen nicht mal im gleichen Raum, wenn es um die Zukunft der Ukraine geht. Ich finde, das können wir nicht zulassen. Die Ukraine und Europa müssen für einen dauerhaften Frieden mit am Verhandlungstisch sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet europäische Souveränität nicht nur Verteidigungsfähigkeit, sondern auch technologische Souveränität. Schauen wir uns doch einmal die Lage an: Desinformation wird als Waffe eingesetzt. Tech-Milliardäre kaufen sich politische Macht. Algorithmen bestimmen, was Menschen als vermeintliche Wahrheit sehen. Ich finde, wir dürfen nicht die Augen davor verschließen. Wir müssen diese Problematik mit einem kühlen Kopf anpacken und eine klare Strategie fahren. Bayern muss sich stärker wehren gegen Desinformation, Einmischung in Wahlkämpfe aus dem Ausland und Manipulation der öffentlichen Meinung. Beim Kampf gegen Fake News und Desinformation müssen wir alle zusammen besser werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen zurufen: Wir GRÜNE werden es nicht tolerieren und nicht tatenlos zusehen, wie autoritäre Kräfte versuchen, uns zu schwächen. Mehr Eigenverantwortung Deutschlands und Europas sowie ein abgestimmtes Vorge-

hen aller Kräfte weltweit, denen noch immer an einem Erhalt von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelegen ist, ist so notwendig wie drängend.

Ich spreche jetzt ganz bewusst die Kolleginnen und Kollegen der CSU an: Wir brauchen Sie dabei als unsere Partner. Ich gebe zu, wer hätte gedacht, dass ich hier in diesem Hohen Haus einmal Franz Josef Strauß zitiere; aber besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Ich möchte also schließen: Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Epoche, die von tiefgreifenden Umbrüchen und einem sich rasch wandelnden globalen Machtgefüge geprägt ist, stehen wir Europäerinnen und Europäer vor einer entscheidenden Frage: Wie können wir in einer Welt, in der traditionelle Allianzen auf die Probe gestellt werden und unilateral agierende Mächte verstärkt eigene Interessen verfolgen, unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wahren? Die zweite Amtszeit von US-Präsident Donald Trump, unter dem die transatlantische Politik neu austariert wird, lehrt uns, dass Europas bisherige Abhängigkeiten überdacht werden müssen. Unsere Antwort darauf muss in einer gestärkten, strategischen europäischen Autonomie liegen, die nicht den Bruch mit bewährten Partnerschaften bedeutet, sondern vielmehr den Aufbruch zu einer eigenständigen, selbstbewussten Politik im Dienste unserer gemeinsamen Werte. Die zunehmende Selbstzentrierung und Oligarchisierung amerikanischer Außenpolitik, der Aufstieg Chinas als politischer Global Player sowie ein imperialistisches Russland stellen traditionelle Sicherheitsstrukturen infrage und fordern Europa dazu auf, seine Rolle neu zu definieren.

Aus unserem 10-Punkte-Programm zur strategischen Autonomie Europas will ich vier Punkte näher beleuchten.

Erstens. In einer Zeit, in der die transatlantische Allianz vor inneren und äußeren Herausforderungen steht, ist es unerlässlich, dass Europa verstärkt in eigene Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen investiert. Eine solche Investition ist ein notwendiger Schritt, um in einem zunehmend multipolaren Globus handlungsfähig zu bleiben. Europa muss die Fähigkeit entwickeln, auf Krisen autonom und überlegt zu reagieren, sei es im Angesicht unberechenbarer US-Politiken oder angesichts neuer Bedrohungen, die von imperialistischen Bestrebungen anderer Mächte ausgehen. Nur durch den Ausbau eigener multilateraler Projekte und mit der Stärkung gemeinsamer Verteidigungsinitiativen können wir eine tragfähige Sicherheitsarchitektur schaffen, die sowohl unsere Freiheit als auch unsere kollektive Stärke garantiert.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Es ist unübersehbar: Die gezielte Unterstützung populistischer und radikaler Strömungen in Europa durch externe Großmächte soll die innere Stabilität und Handlungsfähigkeit Europas schwächen und den Kontinent spalten. Rechtspopulistische Bewegungen in Europa erhalten nicht nur ideologische Rückendeckung, sondern oft auch finanzielle und mediale Unterstützung, auch aus den USA. Elon Musk ist nur die Spitze des Eisbergs. Denkfabriken, Lobbygruppen, Mediennetzwerke, die einem isolationistischen und nationalistischen Weltbild anhängen, verstärken in Europa Anti-EU-Rhetorik und die Ablehnung multilateraler Strukturen. Das dient einer US-Politik, die Europa nicht als strategischen Partner auf Augenhöhe betrachtet, sondern als ein geschwächtes, fragmentiertes Gebilde, das leichter politisch und wirtschaftlich zu beeinflussen ist. Um es klar zu sagen: Die gezielte Unterstützung populistischer und radikaler Strömungen in Europa durch externe Mächte stellt eine ernsthafte Gefahr für die europäische Demokratie und Stabilität dar. Wir müssen darauf mit einer wehrhaften Demokratie reagieren, die hybride Bedrohung erkennt und abwehrt durch konsequente Regulatorik und durch eine Stärkung der Medienkompetenz, um Desinformation wirksam entgegenzuwirken.

Drittens. Europa muss seine wirtschaftliche Souveränität stärken, um den protektionistischen Tendenzen und Handelskonflikten, wie sie in der gegenwärtigen US-Administration sichtbar werden, wirksam zu begegnen. Der freie Handel ist das Rückgrat eines prosperierenden Marktes und ein Garant für Innovation und Fortschritt. Es bedarf einer konsequenten Politik, die einerseits den ungehinderten Austausch von Waren und Dienstleistungen ermöglicht und andererseits eine gerechte Wettbewerbsordnung sichert.

Viertens. Ebenso zentral wie der Freihandel ist die Gestaltung einer zukunftsweisen Energiepolitik, die Europa von geopolitischen Erpressungen befreit und einen Weg in eine nachhaltige, sichere Zukunft ebnet. Die Energiewende ist nicht allein ein ökologischer Imperativ, sondern ein strategisches Element unserer Souveränität.

Meine Damen und Herren, Europa steht am Scheideweg. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern von uns, dass wir uns nicht länger allein auf veraltete Sicherheiten verlassen, sondern proaktiv die Grundlagen unserer eigenen europäischen strategischen Autonomie festlegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns als eigenständiger Akteur in einer multipolaren Welt behaupten, ein Akteur, der in der Lage ist, eigene Werte und Normen in den internationalen Diskurs einzubringen und dabei die transatlantische Partnerschaft weiterzuentwickeln. Die Stärkung der Verteidigung, der konsequente Einsatz für den Freihandel und die zukunftsorientierte Energiepolitik sind dabei die Eckpfeiler, auf denen wir eine stabile und friedliche Zukunft Europas errichten können. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen im Bewusstsein, dass unsere Stärke nicht in der Abhängigkeit, sondern in der Einheit und in der Fähigkeit zur eigenen Gestaltung liegt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Andreas Kaufmann.

Andreas Kaufmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Münchner Sicherheitskonferenz ist vorüber, und der Nachhall ist gewaltig. Ich möchte aber zunächst einmal das gesichert Positive herausstellen. Wenn es um geopolitische Sicherheit geht und um die aktuellen Herausforderungen, ist die Welt zu Gast in München, in Bayern, im Herzen Europas. Wir waren nicht nur herausragende Gastgeber, Bayern war aktiv mittendrin im Geschehen und in den Diskussionen. Ich danke unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und unserem Minister aus der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann für das Darstellen unserer Standpunkte und die Pflege unserer Bündnisse sowie die Bereitschaft für unsere Bündnisse. Ich danke auch den Vertretern aller weiteren Parteien aus diesem Haus und aus Deutschland, die auch eingeladen waren. Sie haben die demokratische Vielfalt Deutschlands und Bayern dargestellt und sich auch dafür eingesetzt.

Mich wundert es wirklich, dass ein sehr großer Teil der politischen Landschaft und der Medienlandschaft nach der Rede von J.D. Vance überrascht war. Spätestens nach der Zusage des amerikanischen Vizepräsidenten muss doch jedem von uns klar gewesen sein, was wir diesen Montag als Antwort hierauf formulieren können. Ab diesem Punkt war glasklar, dass wir ab jetzt eine grundlegend neue Zeit im transatlantischen Bündnis und im Hinblick auf die Freundschaften erleben werden. Aber deswegen stecken wir den Kopf nicht in den Sand. Wir müssen hart daran arbeiten, dass uns diese neue Zeit nicht abhängt. Wir müssen auch einen aktiven Teil mitspielen. Nach der Realisierung der ersten Reaktionen stellt man jedoch sehr schnell fest, dass diese Entwicklung schon länger andauert und dieses große Bild schon länger beeinflusst wird. Wir müssen uns wieder auf die eigene Stärke besinnen und unsere Rolle in Europa und mit Europa selbstbewusst angehen. Dennoch ist es unabdingbar, dass wir für die transatlantische Partnerschaft und vor allem auch Freundschaft einstehen. Gerade mit Blick auf die geopolitischen Veränderungen und Herausforderungen ist ein Zusam-

menstehen und Verteidigen der gemeinsamen westlichen, christlichen und jüdischen Werte wichtig.

Die neue Bundesregierung muss ihre außenpolitische und sicherheitspolitische Positionierung und ihr Handeln klar an den deutschen und europäischen Interessen ausrichten. Es ist notwendig, den kompletten Instrumentenkasten von der Rüstungs- bis hin zur Entwicklungspolitik auszunutzen. Die Bundesrepublik Deutschland muss ihrer Führungsrolle, die sie fast aufgegeben hat, gerecht werden. Das wird auf beiden Seiten des Atlantiks erwartet, vor allem aber innerhalb der Europäischen Union. Damit meine ich nicht die rücksichtslose Durchsetzung eigener Interessen, sondern die Gestaltung eines starken Europas, dessen Stimme in der Welt ein entscheidendes Gewicht hat. Europa kann das. Das Bruttoinlandsprodukt aller europäischen Mitgliedstaaten ist beispielsweise größer als das der USA. Die Administration Biden hat diesen Prozess schon eingeleitet, wohlüberlegt, aber teils auch mit drastischen Maßnahmen.

Der Inflation Reduction Act war eine Art Protektionismus für die Wirtschaft in den USA, dessen Folgen wir auch hier in Europa zu spüren bekommen haben. Auf europäischer Ebene und auf Bundesebene brauchen wir endlich das Verständnis und vor allem auch das Handeln für eine Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik. Es braucht mehr Wettbewerbsfähigkeit statt Bürokratie, attraktive Standortbedingungen statt Verboten und Entlastung der Freiheit statt Planwirtschaft. Darunter fallen auch schon in Kraft getretene und laufende Projekte, die auf den Prüfstand müssen. Nur eine gesunde und von Wachstum geprägte Volkswirtschaft ist Basis für unsere selbstbewussten Ziele in der Außen- und Sicherheitspolitik. Trotzdem war es nie wichtiger als jetzt, in den Dialog zu treten. Unsere Reise nach Georgia mit der Delegation des Europaausschusses ist ein wichtiger Teil, den Bayern leisten kann, um diesen Dialog weiter aufrechtzuerhalten. Nichts ist so beständig wie der Wandel. Eines wird sicher sein: In dreieinhalb Jahren kann dieser Präsident nicht mehr gewählt werden. Wir können aber nicht bis dahin warten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Martin Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Beim ersten kursorischen Durchlesen dachte ich doch glatt, es handelt sich um einen Antrag zur Selbstauflösung der GRÜNEN. Liebe Grün:innen, das ist ein Konvolut aus Forderungen, eine Kammelle in vier Spiegelstrichen. Es ist schlicht kein Platz für so etwas am Katzentisch der erwartbaren Kenia-Koalition. Die Staatsregierung wird von Ihren Einlassungen genauso wenig beeindruckt sein, wie wir das als Oppositionsführer im Bayerischen Landtag sind.

Ich möchte nur auf Ihren Punkt vier eingehen, der von besonderer Dreistigkeit geprägt ist. Sie insinuieren, der Vizepräsident der Vereinigten Staaten würde Meinungsfreiheit zur Zensur umdeuten. – Liebe GRÜNE, er hat Ihren Meinungstotalitarismus in die Nähe der Zensur gerückt, und das zu Recht; denn in Ihrem Weltbild, das in hohem Maße das Weltbild der Ampel-Abrisstruppe war, gibt es keinen Platz für Meinungen, die Ihrer Ideologie zuwiderlaufen. Ihre Parteispitze, die ganze bunte Regierung und ohne Not auch unser Bundespräsident haben monatelang ein Trump-Bashing veranstaltet. Glauben Sie, Amerika hätte das nicht realisiert? Sie haben versucht, sich antidemokratisch in den dortigen Wahlkampf einzumischen. Und heute stellen Sie Forderungen auf, denen Sie selbst noch nie entsprechen konnten. Desinformation liegt immer dann vor, wenn der Wahrheitsgehalt der Information nicht mit Ihrem links-grünen Weltbild kompatibel ist.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Lüge!)

– Lieber Herr Kollege, da draußen ist die Ecke, wo man kiffen kann. Gehen Sie da hinaus und lassen Sie mich in Ruhe reden, okay? – Die Staatsregierung soll sich für die Verteidigung europäischer Werte einsetzen. Meinen Sie damit die Annullierung der Kemmerich-Wahl in Thüringen oder die Annullierung der Präsidentschaftswahl in Ru-

mänien? Oder meinen Sie damit die Ausgrenzung von 20 Millionen Wählern mit einer Brandmauer? Ist eine Brandmauer ein europäischer Wert? Glauben Sie ernsthaft, Ihre Politik der dauerhaften Stigmatisierung wird in dem jetzt erblühenden Europa der Nationen Erfolge einfahren? – Nein, Deutschland wird sich damit weiter isolieren und seinen heute schon – es ist schlimm, das zu sagen – limitierten Gestaltungsspielraum immer weiter einschränken.

Ein starkes und souveränes Europa ist eben keine EU der Bürokratie, keine EU des Unitarismus. Ein starkes Europa besteht aus Staaten, in denen Parteien die Wahlergebnisse ihrer Bürger akzeptieren und die Meinungen ihrer Nachbarn respektieren.

(Beifall bei der AfD)

In Deutschland steht dafür die AfD. Ihren Dringlichkeitsantrag lehnen wir ab.

Zum Nachzieher der CSU und der FREIEN WÄHLER: Ich will Ihnen zugestehen, dass dieser Dringlichkeitsantrag etwas Wahrheit enthält, aber auch viel Krampf. Der Umstand, dass Sie darin die Wehrpflicht preisen, unterschlägt, dass genau Sie seinerzeit die Wehrpflicht ausgesetzt haben. Sie beklagen darin auch die Einmischung in innere Angelegenheiten. Dazu sage ich Ihnen: Sie haben die Macht nach Brüssel abgegeben, nicht wir. Ablehnung.

Nun zum Nachzieher der Freunde von der SPD: Dass die Trump-Administration reagiert, wie sie reagiert, ist die Konsequenz der Hetze, die vor der Wahl in den Ländern veranstaltet wurde, deren Eliten sich für die besseren Menschen halten. Ihr Kanzler und Ihr Präsident haben dabei die traurige Hauptrolle eingenommen. Sparen Sie sich also heute Ihre Krokodilstränen. Wir lehnen den Nachzieher der SPD-Fraktion ebenso ab.

(Beifall bei der AfD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir lehnen Ihre Stimmen ab!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller für die FREIEN WÄHLER.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor wegweisenden Entscheidungen. Alle Dringlichkeitsanträge erkennen die Notwendigkeit eines starken, geeinten und demokratischen Europas an. Die Dringlichkeitsanträge der Opposition greifen jedoch aus unserer Sicht etwas zu kurz. Sie vernachlässigen nämlich die entscheidenden Faktoren unserer transatlantischen Verbundenheit.

Als ehemalige Europa-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten ist Europa neben der politischen Arbeit meine Herzensangelegenheit. Ich habe Europa nicht nur aus der Ferne betrachtet, sondern aktiv gestaltet. Deshalb weiß ich: Europa kann mehr, als es in den vergangenen Jahren getan hat. Denken Sie an die Abschaffung der Einstimmigkeit und an die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Was konnte man heute in der "Augsburger Allgemeinen" lesen? – Frau Hufnagel schreibt in ihrem Leitartikel: "Tatsache ist, dass es ihnen" – den europäischen Regierungschefs – "nicht einmal in der Stunde der größten Not – und die ist zweifellos angebrochen mit dem Amtsantritt von Donald Trump – gelingt, Stärke zu zeigen." Wir müssen endlich unser Potenzial voll ausschöpfen, und wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass andere unsere Aufgaben übernehmen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wollen ein starkes Europa, vielleicht mit Ausnahme der Damen und Herren am rechten Rand. Doch lassen Sie mich mit dem wichtigsten Punkt beginnen: Warum werden zentrale Anliegen, die für Bayern von so großer Bedeutung sind, von den europäischen GRÜNEN immer wieder abgelehnt? Dazu gehören unter anderem die notwendige Infrastrukturfinanzierung für den ländlichen Raum, die Sicherung unserer industriellen Wettbewerbsfähigkeit und der Abbau der bürokratischen Hürden, die gerade mittelständische Unternehmen in Bay-

ern belasten. Das sind Themen, die für ein wirklich handlungsfähiges Europa essenziell sind.

Die jüngsten Entwicklungen in den USA, insbesondere die Rede von J.D. Vance auf der Sicherheitskonferenz, zeigen neue Herausforderungen auf. Wir müssen diese ernst nehmen, dürfen aber nicht in Alarmismus verfallen oder reflexartig zu unseren amerikanischen Partnern auf Distanz gehen. Europa braucht selbstverständlich keine Belehrungen zu Werten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir laden auch keine Journalisten aus, wenn diese uns nicht wohlgesonnen sind.

Natürlich geht es nicht, dass die Ukraine nicht am Tisch sitzt, wenn es um Waffenstillstand und Frieden geht. Selbstverständlich muss dabei auch Europa eingebunden werden. Aber Europa muss sich selbst stärker aufstellen, seine Verteidigungsfähigkeit ausbauen und seine wirtschaftlichen Interessen selbstbewusst vertreten, ohne jedoch die jahrzehntelang gewachsene transatlantische Zusammenarbeit aufs Spiel zu setzen. Die Präsenz der US-Streitkräfte in Deutschland ist nicht nur ein Symbol unserer sicherheitspolitischen Partnerschaft, sondern auch ein Garant für Stabilität. Die Standorte, die wir hier in Bayern haben, schützen unsere Arbeitsplätze und bringen wirtschaftliche Impulse für die bayerischen Unternehmen. Eine gelebte transatlantische Freundschaft dürfen wir nicht leichtfertig riskieren.

Europa und die USA verbindet seit über 80 Jahren eine enge Partnerschaft. Sie hat Europa Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Die Vereinigten Staaten waren maßgeblich am Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt. Natürlich weiß ich, dass Europa jetzt handlungsfähiger werden muss. Ich glaube, wir sollten dabei auf unsere nordischen Staaten innerhalb der Europäischen Union schauen. Die baltischen Staaten machen uns vor, wie wir Sicherheit aufbauen und verteidigungsfähig werden können. Hier sind wir alle mit unseren politischen Ämtern gefordert.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, was es bedeuten würde, wenn sich Amerika aus den europäischen Militärstrukturen zurückzöge und seine Truppen abzöge. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 3 % des BIP als Zeichen dafür, dass Europa bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Die USA sind einer der wichtigsten Handelspartner Europas. Ein Abkühlen der Beziehungen hätte gravierende wirtschaftliche Folgen, insbesondere für unsere exportstarke Region Bayern. Protektionismus und der Zerfall gemeinsamer wirtschaftlicher Strukturen würden nicht nur die transatlantischen Beziehungen belasten, sondern auch den Wohlstand Europas gefährden. Die Welt befindet sich natürlich in einer multipolaren Machtordnung. Umso wichtiger ist es, dass Europa gestärkt wird und seine Hausaufgaben macht. Wir sollten diese Debatte nutzen, um auf diesem Weg weiterzukommen.

Wir stimmen den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN nicht zu und unterstützen selbstverständlich unseren Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5000 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5022 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/5023 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.